

Montag, den 27. Dezember 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Mt. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Mt. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Zur äußeren Lage.

Deutschland hat „Hintergebanken.“

Paris, 24. Dez. Ministerpräsident Lehgues sagte gestern in der Kammer, Deutschland habe Hintergebanken. Es erfülle die Vertragsbestimmungen nicht loyal und niemand leugne das, aber trotzdem erfülle Deutschland den Vertrag nicht. Frankreich müsse stark genug sein, um die Durchführung des Vertrages, wenn nötig, zu erzwingen, ferner um jeden Angriffsvorstoß niederzuschlagen. Frankreich müsse die Brückendörfer am Rhein in 15 Jahren aufgeben, aber nur, wenn der Vertrag von Versailles erfüllt sei. Schließlich sprach der Ministerpräsident von der moralischen und geistigen Stärke Frankreichs. Den beantragten Maueranschlag seiner Rede lehnte er ab. Andre Lefevre, unterstützt vom Unterstaatssekretär für Luftschiffahrt, sprach von der umfangreichen Herstellung von Flugzeugen in Deutschland und Oesterreich und hielt seine übrigen Bedenken aufrecht.

Deutschlands Bedrohung.

Paris, 24. Dez. In der heutigen Stammezung erklärte Kriegsminister Raiberti, er glaube im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lefevre, daß der Augenblick gekommen sei, die militärischen Lasten herabzumindern, ohne dadurch die nationale Verteidigung zu schwächen. Lefevre führe sein System auf militärische Bedingungen, die schon vor dem Kriege veraltet gewesen seien. (Beifall von der äußersten Linken bis in die Mitte des Hauses.) Gegenüber Lefevre, der gegen den Friedensvertrag von Versailles gestimmt habe, weil er ihn nicht für ausreichend halte, sei er der Ansicht, daß der Vertrag, wenn er vorsichtig und strikte angewendet werde, mit der Bervollkommnung durch das Abkommen von Spa vollauf genüge, um dem Land die Befriedigung zu geben, die es erwarte. Der Kriegsminister verliest sodann einen Brief, den er an Marshall Foch gerichtet hat, um ihn zu ersuchen, General Nollet Weisungen zu erteilen, damit alle Richtungsführungen am Friedensvertrag, die festgesetzt seien, durch Zwangsmaßnahmen beantwortet würden, und jeder Verdacht, der in jener Hinsicht bestünde, untersucht werde. Marshall Foch, Marshall Petain und die Mitglieder des obersten Kriegsrates bürgten dafür, daß die neue militärische Organisation nicht die nationale Sicherheit in Frage stellen könnte. General Maud Guy erhebt sich bei diesen Worten und ruft in den Saal, die Frage von 100 000 Mann Soldaten mehr oder weniger werde Deutschland nicht in Schach halten. Deutschland habe 1914 die Bevölkerung durch Bombardement zu terrorisieren versucht. Heute sehe Frankreich in Deutschland und wenn Deutschland unerlaubte Kriegsmittel anwende, wenn es 10 Häuser in Paris niederbrenne, dann werde man dafür 100 in Frankfurt und 100 in Mainz niederbrennen. (Lebhafter Beifall.) Auge um Auge, Zahn um Zahn — das müsse Deutschland wissen, das sei menschlich, denn es sei das einzige Mittel, einen barbarischen Krieg zu verhindern. Abg. Lardieuz erklärte, Deutschland habe 95 Prozent seiner Geschütze abgeliefert und sei nicht mehr gefährlich. Die Kammer dürfe Deutschland nicht den Eindruck geben, als zweifle sie an den Mitteln, über die Frankreich verfüge. Hierauf ergriff Ministerpräsident Lehgues das Wort, um die Militärgesetze zu verteidigen. Er stellt fest, daß der abgegangene Kriegsminister sie angenommen habe.

Belgiens Anteil an der Siegesbeute.

Brüssel, 24. Dez. Der belgische Finanzminister hat in einer Darlegung vor der Kammer erklärt, Belgien habe an Reparationen erhalten: Maschinen und Rohmetall für 2,6 Milliarden, Kohlen, Farben und andere Produkte für 2 Milliarden Franken.

Eine deutsche Stimme zur Entscheidung über Eupen und Malmedy.

Berlin, 23. Dez. Zu der Erklärung des belgischen Ministeriums des Aeußern, daß die Zuweisung Eupens und Malmedys an Belgien durch den Völkerbundrat eine endgültige geworden sei, sagt die „Deutsche Allg. Ztg.“ auch ein Diktat würde nichts daran ändern, daß die Grundsätze der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechts mit Füßen getreten worden sind. Die Gemeinschaft der Sieger habe durch den Völkerbundrat gesprochen. Das Votum einer wirklichen Gemeinschaft der Nationen siehe noch aus. Deutschland werde auch weiterhin keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um das den belben Kreisen angetane Unrecht nachdrücklich zu betonen.

Die Lage vor Fiume.

Triest 26. Dez. (Ag. Stefani.) Infolge der kürzlichen Zwischenfälle und der drohenden Haltung des Oberbefehlshabers von Fiume hat Caiglia am Freitag die Befehung vorgeschobener Stellungen um Fiume angeordnet. Diese Befehung wurde gestern und heute ausgeführt. Die Legionäre leisteten bewaffneten Widerstand. Unter den regulären Truppen sind fünf Tote und etwa 30 Verwundete zu beklagen.

Weihnachtsdank des deutschen Volkes.

Berlin, 24. Dez. Amtlich. Der Reichspräsident hat an den Reichskanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, den 23. Dezember 1920.

Menschenfreundliche Kreise des Auslandes sind seit langem bemüht, der in weiten Schichten unseres Volkes herrschenden Not durch Werke der Nächstenliebe zu steuern. An erster Stelle stehen in dieser Beziehung unsere Nachbarländer Dänemark, Finnland, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. Die warmherzige und fürsorgliche Aufnahme, die den Kindern unseres Volkes seit Jahren in diesen Ländern monatlang bereitet wird, begegnet den schweren Gefahren, denen das heranwachsende Geschlecht in geistiger wie in körperlicher Beziehung durch den Krieg und seine Nebenerscheinungen ausgesetzt worden ist und verfolgt damit ein Ziel, das über die Not des Tages hinaus weist und uns Deutschen ganz besonders am Herzen liegen muß. Den gleichen Zweck dient die großzügige Hilfsstätigkeit der Quäker. Ihren Speisungen der Schuljugend haben sie eine gleiche Fürsorge für bedürftige Erwachsene folgen lassen. Auch andere Kreise der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten haben eine weitgehende Hilfsstätigkeit in Form von Liebesgaben und Geldüberweisungen entfaltet. Lafräftige, von warmer Sympathie getragene Hilfe ist auch von den Staaten Südamerikas gekommen; so hat noch jüngst ein Komitee chilenischer Damen der Gattin unseres Außenministers die Summe von 150 000 Mark für unsere Kriegswaisen zur Verfügung gestellt.

Das Gefühl für den Wert all dieser menschenfreundlichen Hilfe wird im deutsche nVolke, das schwer um sein Dasein ringt, nicht erlöschen. Ich möchte das Weihnachtsfest nicht vorübergehen lassen, ohne diesen Gefühlen weithin Ausdruck zu geben, und bitte Sie, Herr Reichskanzler, allen beteiligten Stellen warmen und bleibenden Dank des deutschen Volkes zu übermitteln.

gez. Ebert.

Der Reichskanzler hat veranlaßt, daß den beteiligten Stellen des Auslandes und den inländischen Hauptstellen des ausländischen Hilfswerkes der in diesem Schreiben ausgedrückte Weihnachtsdank des deutschen Volkes übermittelt wird.

Aus Griechenland.

Paris, 24. Dez. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Athen hat Ministerpräsident Rhallis seine Absicht, wegen der Ablehnung des Erzhörordens durch den Leiter der englischen Marinekommission zurückzutreten, aufgegeben.

Die Rigaer Verhandlungen stöcken.

Warschau, 23. Dez. In einer halbamtlichen Kundgebung heißt es, Zoffe meine, Rußlands internationale Lage habe sich gebessert, es brauche infolgedessen die Verpflichtungen Polen gegenüber nicht so genau wie bisher zu erfüllen, und die Heimkehr der polnischen Kriegsgefangenen aus Rußland habe keine Eile, da man sie in Rußland brauchen könne. Am 18. Dezember habe Bogoljewow im Namen der russischen Abordnung die Wiedererstattung der polnischen Fonds für Wohltätigkeit, öffentlichen Unterricht und dergleichen einfach deswegen verweigert, weil die Sowjetregierung alle Staatspapiere für ungültig erklärt habe. Infolgedessen stöcken die Rigaer Verhandlungen.

Georgien und Sowjetrußland.

Moskau, 22. Dez. Die georgische Regierung erklärte auf eine Anfrage der Sowjetregierung über die Gründe der Mobilisierung, daß diese ausschließlich durchgeführt werde, um die Unversehrtheit der Grenzen Georgiens zu wahren. Im übrigen wünsche die georgische Regierung gut nachbarliche Beziehungen zu Rußland. Zwischen der Sowjetregierung und der georgischen Regierung ist ein Uebereinkommen zustande gekommen, wonach alle Schiffe, die unter der alten oder der neuen russischen Flagge in den Hafen Georgiens liegen und die in sowjetrußischen Häfen eingetragen sind, als zur Verfügung der Sowjetregierung stehend anerkannt werden.

Rußland und Bulgarien.

Moskau, 22. Dez. Tschitschew hat an den bulgarischen Minister des Auswärtigen einen Funkspruch gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß an verschiedenen Küstenplätzen Möbel und andere Wertgegenstände, sowie auch Schiffe der russischen Handelsflotte, die von Angehörigen der Wrangelarmee bei ihrer Flucht aus der Krim gestohlen worden seien, öffentlich verkauft werden. Ein solcher Akt bedeute nicht nur eine völlig ungerechtfertigte feindselige Handlung dem russischen Volke

gegenüber, sondern eine Regierung, die einem solchen internationalen Raube hilfreiche Hand leiste, müsse sofort den Materialschaden ersetzen. Rußland stehe der Notwendigkeit gegenüber, die bulgarische Regierung auf das Ernsteste auf die Tatsachen aufmerksam zu machen und auf das Entschiedenste dagegen zu protestieren, und verlange sofortige Maßnahmen gegen diese Manipulationen der Insurgenten und Schadenerzähler in kürzester Frist.

Japanische und chinesische Verhandlungen mit der russischen Republik.

Moskau, 21. Dez. Der chinesische Minister für auswärtige Angelegenheiten erklärte dem Gesandten der Republik des ferneren Ostens, Zirik, daß China beschlossen habe, mit der Republik zwecks Erneuerung der Handelsbeziehungen in Verhandlungen zu treten. In Wladimostok begannen am 7. Dezember die Verhandlungen zwischen der Republik des ferneren Ostens und Japan. Der französische Gesandte protestierte beim chinesischen Minister für auswärtige Angelegenheiten gegen die Unterhandlungen der chinesischen Mission wegen Erneuerung der Handelsbeziehungen mit Räte-Rußland. — Was gehen die Franzosen die chinesischen Angelegenheiten an?!

Kleine politische Nachrichten.

Wien, 24. Dez. Bürgermeister Reumann spricht in einer Weihnachtskundgebung allen ausländischen Hilfsvereinen und Wohltätigern, die es ermöglichten, daß Wiener Kindern die Weihnachtsfeier zu einem wirklichen Fest der Freude wurde, den herzlichsten Dank aus.

Wien, 24. Dez. Durch Verhandlungen der Regierung mit den Vertrauensmännern der Angestellten der Südbahn wurde der Streik beigelegt.

Paris, 23. Dez. Das Reutersche Büro veröffentlicht eine Note, die im Gegensatz zur Agence Havas feststellt, daß die Zusammenkunft alliierter Ministerpräsidenten am 23. Dezember in Nizza oder Calais nicht stattfinden wird. Ein Funkspruch aus Rom bestätigt übrigens, daß die geplante Ministerzusammenkunft bis auf weiteres aufgeschoben ist.

Paris, 26. Dez. Nach einer Meldung des „Petit Journal“ wird König Georg von England am 6. Januar in Calais eintreffen und Verbun und Reims besuchen. Er wird eine Begegnung mit Millerand haben.

Paris, 26. Dez. Der sozialistische Parteitag in Tours setzte heute seine Beratungen fort. Die Delegierten der verschiedenen Bezirke berichteten über die Stimmung in ihren Kreisen. Für den Oberrhein sprach Grumbach, der erklärte, es sei in Frankreich unmöglich, das durchzuführen, was in Rußland durchgeführt worden sei. Man dürfe die Frage der russischen Revolution nicht mit der Zustimmung zu den Grundätzen Lenins verwechseln. Für den Niederrhein berichtete der ehemalige Reichstagsabgeordnete Weill, in seinem Bezirke hätten 102 Stimmen für die Dritte Internationale gestimmt. Das sei eine Folge der verhängnisvollen Innen- und Außenpolitik der französischen Regierung.

Paris, 26. Dez. Nach einer Meldung des „Bon Soir“ aus Bordeaux ist dort als erstes deutsches Schiff nach dem Kriege der deutsche Dampfer Dortmund aus Hamburg eingetroffen. Er hat eine gemischte Warenladung an Bord genommen und ist wieder nach Hamburg abgefahren.

Brüssel, 24. Dez. Die Kammer hat den Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Dienstzeit für die Infanterie auf 10 Monate mit 148 gegen 11 Stimmen angenommen.

Paris, 26. Dez. Nach einer vom „Temps“ wiedergegebenen Meldung aus Belgrad hat die französische Regierung der südslawischen Regierung mitgeteilt, daß sie keinen Vertreter mehr bei der Regierung König Nikitas von Montenegro unterhalten werde und daß sie den diplomatischen und konsularischen Vertretern in Frankreich das Vertretungsrecht entzogen habe.

Rom, 24. Dez. Im Weihnachtskonkistorium hat der Heilige Vater von den fünf Wunden der menschlichen Gesellschaft gesprochen: der Loderung der Autorität, dem Bruderschaft, der Genußsucht, der Arbeitslosigkeit und dem Vergessen des überirdischen Zieles der Menschen. Das einzige Heilmittel für diese Wunden sei die Rückkehr zum Lichte des Evangeliums, das daran erinnern wolle, daß alle Menschen auf dieser Erde sich als Brüder zu fühlen hätten. Der Papst schloß das Konkistorium mit einem Dank für die Festwünsche der Kardinäle.

Bukarest, 27. Dez. (Tel.-Ag. Damian.) Die Nachrichten über angebliche Bukarester Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und Rumänien, sowie über eine Abtretung Süd-Bessa-

tabens entbehren jeder ernsten Grundlage und sind vollkommen aus der Luft gegriffen.

London, 24. Dez. Die Einfuhr von Hopfen nach Großbritannien ist vom 28. Dezember an nur noch mit besonderer Erlaubnis gestattet. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf durchzuführende oder zurückgeschickte Ware.

London, 24. Dez. Nach einer Reutermeldung aus Washington hat der Vorsitzende des Handelsausschusses des Senats einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den ausländischen Schiffen das Anlaufen amerikanischer Häfen nur gestattet sein soll, wenn sie einen Zulassungsschein des Schiffahrtsamtes besitzen, in dem bescheinigt wird, daß die Arbeitsverhältnisse an Bord nicht ungünstiger sind als die an Bord amerikanischer Schiffe.

Paris, 24. Dez. Wie die Agence Havas aus Rio de Janeiro meldet, hat der deutsche Gesandte Plehn gestern dem Präsidenten sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Chicago, 24. Dez. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Marion in Ohio sagte der neugewählte Präsident Harding, er hoffe in erster Linie auf die Zustimmung Englands, Frankreichs, Japans und Italiens zu seinem Plan einer Gesellschaft der Nationen. Harding sagte ferner, er glaube, daß sorgfältig Bedacht darauf genommen werden müsse, die Möglichkeit eines Offensiv- oder Defensiv-Bündnisses unter diesen fünf Großmächten auszuschalten.

Deutschland.

Die richtige Antwort an die englischen Gelehrten

Leipzig, 24. Dez. Der hiesige Universitätsprofessor, Geh. Rat Max Förster, hat an den Präsidenten der britischen Akademie der Wissenschaften, Sir Frederic Mynon in London unter Bezugnahme auf den von diesem in seiner Festschrift vor der britischen Akademie der Wissenschaften am 21. Juli ds. Js. ausgesprochenen Wunsch, daß die wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft mit der deutschen Gelehrtenwelt wiederhergestellt werden möchte, einen offenen Brief gerichtet, worin er die gegen die deutschen Gelehrten erhobenen Vorwürfe zurückweist, und seinerseits die Frage aufwirft, wo die Proteste der englischen Gelehrten gegen die Hungerblockade, gegen die Verletzung der 14 Punkte des Präsidenten Wilson, gegen die Kulturschande der schwarzen Besatzungstruppen im Rheinland, gegen die Härte einer Volksabstimmung in Eupen und Malmedy und anderes geblieben seien. Eine fruchtbare wissenschaftliche Zusammenarbeit werde erst möglich sein, wenn die englischen Gelehrten einsehen, daß die deutschen Gelehrten, indem sie zu ihrem Vaterland hielten, nichts anderes getan hatten, als was die englischen Gelehrten gleichfalls getan haben und noch tun, nur mit dem Unterschied, daß die letzteren auch zu den größten Ungerechtigkeiten schwiegen, die nicht mehr durch den Hinweis auf die harten Kriegsnotwendigkeiten entschuldigt werden können. Förster spricht schließlich den Wunsch aus, daß die Stimme der Wahrheit und der Gerechtigkeit unter den Völkern wieder Gehör finden möge.

Gegen ungerechtfertigte Verbüchtigungen.

Berlin, 23. Dez. Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Die „Frankfurter Zeitung“ vom 19. Dezember und die „Leipziger Volkszeitung“ vom 22. Dezember befaßen sich mit einem am 4. Dezember erschienenen Artikel der „Wilhelmshavener Zeitung“, der von angeblichen Mißständen in der Wilhelmshavener Garnison berichtet. Man habe den beim Rapp-Busch registrierten Truppen die Munition abgenommen, um sie anderen Truppen zu geben. In den Kasernen am Mühlenweg sind nie drei Erhardheime vorhanden gewesen. Ein Schild, durch das vor einigen Tagen ein Lesezimmer als Erhardheim bezeichnet worden war, wurde auf Anordnung des Kommandeurs entfernt. 3. Sämtliche Truppenteile einschließlich der Offiziere sind vereidigt. 4. Die Unterstellung, daß das Offizierskorps der Reichsmarine gegebenenfalls der verfassungsmäßigen Regierung nicht unverbrüchlich die Treue halten würde, wird aufs schärfste zurückgewiesen. Bereits am 7. Dezember hat die „Wilhelmshavener Zeitung“ diese Nichtigstellung veröffentlicht und ausdrücklich erklärt, eine Beleidigung habe ihr ferngelegen.

Königsberg, 23. Dez. Entgegen der Auffassungen der Roten Fahne des Ostens über einen angeblichen Kampfplan einer ostpreussischen Orgel wird vom Oberpräsidium festgestellt, daß von einer solchen überhaupt nicht gesprochen werden kann. Die Orgel ist in Ostpreußen verboten. Soweit derartige Verbindungen festgestellt werden, wird gegen sie strafrechtlich vorgegangen werden.

Feste Haltung der obereschlesischen Beamten.

Katowitz, 24. Dez. In den Weihnachtsausgaben der deutschen Zeitungen Oberschlesiens wird folgender Aufruf veröffentlicht:

Oberschlesische Beamte!

Korfanty wird nicht müde in Versuchen, durch Veröffentlichungen und Einzelzuschriften Euch für die großpolnischen Zwecke einzufangen. Während alle Welt immer deutlicher erkennt, daß die polnische Propaganda durch das Schreckensregiment blutiger Volkseidenschaften Einfluß und Macht zu gewinnen sucht, möchte Korfanty gern auf der anderen Seite der Interalliierten Kommission das friedliche Gefüge eines geordneten Beamtenapparates als zu seiner Verfügung stehend präsentieren. Mit solch äußeren Mitteln sucht die polnische Propaganda zu blenden und zu überrumpeln, da sie keine Hoffnung mehr hat, durch friedliche und geordnete Zustimmung an ihr Ziel zu gelangen. Beamte! Wer die von Korfanty vorgelegte Erklärung unterschreibt, bezeugt eine vaterlandsfeindliche Haltung. Wer als Beamter sich zu dieser vaterlandsfeindlichen Handlung bewegen läßt, der handelt gegen seine Pflicht und gegen seinen Beamteneid. Niemand kann die Sorge für seine Zukunft als Vorwand anbringen. Das Deutsche Reich und Preußen haben durch Gesetz festgelegt, daß kein Beamter aus den Abstammungsgebieten

Amfliche Bekanntmachungen.

Gemäß Art. 21 Abs. 3 des Gesetzes über Kriegseinstellungen vom 13. 6. 1873 (R.G.B. S. 121) wird die Gemeinde Mötlingen aufgefordert, ihre Anerkennnisse über die Vergütung für Naturalquartier und Stallung im Monat November 1918 der Oberamtspflege Calw behufs Empfangnahme von Kapital und Zinsen vorzulegen.

Calw, 23. Dez. 1920.

Oberamt.
Gds.

seine Stellung, sein Einkommen und seinen Rang verlieren darf, daß jeder Beamte, der durch eine unglückliche Schicksalsfügung benötigt werden würde, Oberbeschleßen zu verlassen, im unbefestigten Deutschland ungeschmäkelt seine Lebensstellung wiederfindet. Weit über hundert deutsche und preussische Beamte der Post- und Eisenbahnverwaltung, die in Posen und Westpreußen in polnische Dienste treten waren, haben flehende Anträge auf Wiederaufnahme in den deutschen und preussischen Dienst gestellt, mußten aber zurückgewiesen werden. Beamte! Ihr habt es nicht nötig, Euch den Polen an den Hals zu werfen. Umgekehrt liegt der Fall. Man braucht Euch und man wird Euch ewig brauchen. Wahret daher die Würde und denkt an Deutschland!

Die Beamtenschaft ist ein untrennbares Glied der deutschen Volksgemeinschaft. Die unterzeichneten Parteien legen Wert darauf, öffentlich zu erklären, daß sie sich mit der Beamtenschaft eine fühlen in den großen Fragen, die unser Land bewegen, und daß die Beamtenschaft sicher sein kann, von der deutschen Volksgemeinschaft Oberschlesiens gestützt und geschützt zu werden.

Katowitz, Weihnachten 1920.

Das Plebiszitkommissariat für Deutschland
Katholische Volkspartei (Zentrum),
Sozialdemokratische Partei,
Deutschnationale Partei,
Deutschnationale Volkspartei.

Reichstagsabgeordneter Legien †.

Berlin, 26. Dez. Reichstagsabgeordneter Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist heute morgen gestorben.

Berlin, 26. Dez. Anlässlich des Hinscheidens Karl Legiens hat der Reichspräsident folgendes Schreiben an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gerichtet: Das plötzliche Hinscheiden Karl Legiens, ihres Vorsitzenden, erfüllt mich mit tiefem Schmerz. Mit Karl Legien sinkt einer der herorragendsten Männer Deutschlands ins Grab. Was er in mehr als 30-jähriger, zäher, tatkräftiger Arbeit für die Gewerkschaften der Arbeiter geschaffen hat, ist unvergängliche Kulturarbeit. Ueberall in der Welt, wo die Gewerkschaften Wurzel gefaßt haben, wird der Tod Karl Legiens viel beklagt werden. Für den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund ist der Verlust Legiens ein schwerer Schicksalsschlag. Seien Sie meiner herzlichen Teilnahme versichert. Ebert, Reichspräsident. — An den Reichswirtschaftsrat sandte der Reichspräsident folgendes Schreiben: Dem Reichswirtschaftsrat beehre ich mich, zu dem schweren Verlust, den er durch den plötzlichen Tod seines 2. Vorsitzenden Karl Legien erfährt hat, meine herzliche Teilnahme auszusprechen. Das warme und stets lebendige Interesse, das der Verstorbenen dem Schicksal unseres Vaterlandes entgegenbrachte, und die tatkräftige Mitarbeit, die er allen Fragen unseres wirtschaftlichen Aufbaus widmete, werden seinem Namen im deutschen Wirtschaftsleben ein bleibendes Andenken sichern.

Verjährung von Ansprüchen des täglichen Lebens.

Berlin, 23. Dez. Durch die Bekanntmachung des Bundesrats vom 22. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 643) wurde angeordnet, daß die in den §§ 196, 197 des BGB. bezeichneten Ansprüche, die damals noch nicht verjährt waren, nicht vor dem Schluß des Jahres 1915 verjähren. Die Verjährungsfristen für diese Ansprüche sind im Laufe des Krieges wiederholt verlängert und zuletzt durch die Verordnung vom 26. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1918) bis zum 31. Dezember 1920 hinausgeschoben worden. Eine weitere Ausdehnung dieser Verjährungsfristen ist nicht zu erwarten. Soweit deshalb nicht etwa im Laufe des Jahres 1920 eine Hemmung der Verjährung (§ 202 des BGB.) eingetreten sein sollte, läuft die Verjährung mit dem 31. Dezember 1920 ab. Dieses gilt für die Ansprüche des täglichen Lebens mit zweijähriger Verjährungsfrist (§ 196 des BGB.), insbesondere also Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker aus Lieferungen an Private, Ansprüche der Frachtführer, Schiffer, Gastwirte usw., der Ärzte, Rechtsanwälte und Notare wegen ihrer Gebühren und Auslagen aus den Jahren 1912 bis 1918 sowie für solche Ansprüche mit vierjähriger Verjährungsfrist (§ 197 des BGB.), namentlich also Ansprüche aus Warenlieferungen für den Gewerbebetrieb des Schuldners, Ansprüche auf Unterhaltsbeiträge, rückständige Miet- und Pachtzinsen usw.) aus den Jahren 1910 bis 1916. Wer sich gegen die Einrede der Verjährung schützen will, muß deshalb bis zum 31. Dezember 1920 für die Unterbrechung der Verjährung sorgen (§§ 209 ff. des BGB.). Die für Kriegesgefangene und deren Gläubiger im § 8 des Kriegessteuermessungsgesetzes vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 323) angeordnete Hemmung der Verjährung wird hierdurch nicht berührt. Diese Vorschrift gilt auch über den 31. Dezember 1920 hinaus.

Das vom Reichstage am 18. Dezember d. Js. beschlossene Gesetz über die Verlängerung von Verjährungsfristen bezieht sich ausschließlich auf Ansprüche des Seeverkehrsrechts und hat mit der Verjährung von Ansprüchen des täglichen Lebens im Sinne der §§ 196, 197 des BGB. nichts zu tun.

Abweisung des Anspruchrechts des Cottaverlags auf Veröffentlichung von Bismarcks Erinnerungen.

Berlin, 24. Dez. Laut Urteil der IV. Zivilkammer des Landgerichts Berlin in der Klage des Cottaverlags wegen Freigabe der im 3. Band der Gedanken und Erinnerungen des Fürsten Bis-

marck enthaltenen Briefe des Kaisers wurde die Klägerin mit ihrer Klage abgewiesen. In der heute mittag erfolgten Verkündung des Urteils wurde betont, daß der Gerichtshof zwar das Persönlichkeitsrecht des Kaisers hinsichtlich seiner Briefe an Bismarck verneine, ihn aber das Urheberrecht an diesen Schriftstücken zugebilligt habe.

Die Stimmung unter den Eisenbahnern.

Berlin, 24. Dez. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, besteht kein Zweifel, daß die Eisenbahnerverbände und Gewerkschaften gewillt sind, alle Verhandlungsmöglichkeiten auszunutzen. Eine volle Befriedigung der Eisenbahnerforderungen scheint bei der allgemeinen Finanzlage des Reichs unmöglich zu sein. Es finden jedoch auf Grund zahlreicher Eingaben der einzelnen Verbände bereits Besprechungen im Reichsfinanzministerium statt. Die Stimmung unter den Eisenbahnern sei besonders in den Betriebswerkstätten gespart. Es bestehe aber nach wie vor die Hoffnung, daß ein für beide Teile annehmbarer Ausgleich gefunden werde, ohne daß das zweischneidige Druckmittel des Streiks zur Anwendung komme.

Zunehmende Gesundung d. Eisenbahnverhältnisse.

Nach Äußerungen des Reichsverkehrsministers Gröner ist eine erfreuliche Gesundung der Bahnzustände zu bemerken. Viele Anzeichen der Besserung des technischen Apparates, der Werkstatteleistung, der Moral des Personals seien vorhanden. Die Gesamtleistung sei im letzten Jahr von 20 auf 25 Millionen Achskilometer gestiegen, also um 25 Proz. Rund 100 000 Mann seien noch zuviel im Betrieb; zurzeit sei aber jede Neueinstellung verboten. Die Tarife seien um das 4-fache, Kohlen um das 19-fache, Eisen um das 30-40-fache, Schwellen um das 31-fache usw. gestiegen. Zur Tilgung des Fehlbetrages seien entsprechende Maßnahmen, darunter auch ein Eisenbahnfinanzgesetz, in Vorbereitung. Zur Deckung der Selbstkosten kündigte der Minister nochmals eine Tarifierhöhung im Güterverkehr und eine solche kleineren Umfangs im Personenverkehr an.

Berlin, 23. Dez. In der nächsten Nummer des Reichs-Gesetzblattes wird das neue Gesetz gegen die Kapitalflucht veröffentlicht werden. Es stellt in der Haupt Sache eine Zusammenfassung der bisher erlassenen noch gültigen Vorschriften gegen die Kapitalflucht dar und bringt gegenüber dem alten Zustand nur einige Änderungen, deren Notwendigkeit die Praxis ergeben hat. Es sind dies insbesondere 1. die Aufnahme der Schulbuchverwaltungen als Banken im Sinne des Gesetzes, 2. die Regelung der Affidavitfrage für den Fall, daß mehrere Banken bei der Ausführung eines Auftrages auf Verfertigung von Wertpapieren und Zahlungsmitteln nach dem Auslande zusammenwirken und 3. die Erhöhung der Freigrenze für die Auszahlung Zahlungsmitteln auf 3000 M (bisher 1000 M), wobei fortan ausländische Währung zum Tageskurse, nicht zum Friedenskurse, umzurechnen ist.

Berlin, 24. Dez. Der amerikanische Senator Mr. McCormick war heute beim Reichspräsidenten zum Tee eingeladen. Unter den Gästen befand sich auch Mr. Drehsel. Der Reichsminister des Auswärtigen hatte heute vormittag eine Unterredung mit Mr. McCormick.

Leipzig, 24. Dez. Der Demobilisationskommissar hat den am 15. Dezember vom Schlichtungsausschuß zur Berlegung des Metallarbeiterstreiks gefällten, von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedsspruch für verbindlich erklärt.

Bremen, 25. Dez. Das Kadettenschulschiff des Norddeutschen Lloyd „Herzogin Cecilie“ ist auf der Heimreise von Chile, wo es während des Krieges lag, mit einer Ladung Salpeter am 22. Dez. wohlbehalten in Falmouth eingetroffen und inzwischen nach dem Vöckhafen Ostende weiter beordert worden. An Bord befindet sich noch eine kleinere Anzahl Jünglinge, während ein großer Teil während des Krieges und nach Friedensschluß auf anderen Schiffen des Norddeutschen Lloyd zurückgeführt ist.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 27. Dezember 1920.

Neue Tarifierhöhung im Personen- und Güterverkehr.

Wie bereits berichtet, hat der Reichsverkehrsminister eine weitere Tarifierhöhung im Güter- wie im Personenverkehr bestimmt, vorausgesetzt. Die Erhöhung im Personenverkehr soll sich zwar in bescheidenere Grenzen halten als die letzte, die 100% betrug. Gleichwohl wird die neue Tarifierhöhung sozial ungerecht wirken, weil sie eine neue große Belastung der wirtschaftlich Schwachen, der unteren und mittleren Klassen bedeutet, die bis jetzt an den Steuerlasten am schwersten zu tragen haben, während die Kapitalkräftigen, die Schieber und Wucherer die neue Tarifierhöhung ohne weiteres ertragen können. Auch die Erhöhung der Gütertariffrage ist geeignet, die Lebenshaltung noch weiter zu verteuern.

Tabaksteuer.

Die Verkäufer von Tabakwaren werden in ihrem eigenen Interesse darauf hingewiesen, daß nun alle Tabakwaren mit den erforderlichen Steuerzeichen versehen sein müssen. Wer daher noch Tabakwaren vorrätig hat, die er im April d. J. dem Finanzamt Hirsau zur Nachversteuerung angemeldet, für die er aber die Steuerzeichen immer noch nicht bezogen hat, muß letztere als bald von Hirsau beziehen und an den Packungen anbringen. Wer dagegen auch solche Tabakwaren besitzt, die er seit 1. April d. J. noch unbanderollert geliefert erhalten hat, muß die für diese noch nötigen Steuerzeichen schleunigst von den betreffenden Lieferanten der Waren anfordern; für diese inzwischen bezogenen Waren kann man also die Steuerzeichen nicht von Hirsau erhalten. Die Steuerbehörden haben nun bestimmte Weisung erhalten, alle Tabakwaren, die bei der nächsten Kontrolle mit den erforderlichen Steuerzeichen noch nicht versehen sind, unachtsamlich zu beschlagnahmen; daneben haben die betreffenden Verkäufer noch empfindliche Strafen zu gewärtigen.

Die Landwirtschaft und das Reichsnotopfer.

Man schreibt uns: Der 8., 9. und 10. Landwirtschaftliche Gauverband (darunter die landwirtschaftlichen Bezirksvereine Calw, Nagold und Neuenbürg) veranstaltete am 13. Dezember in Horb eine Sitzung des Arbeitsausschusses an der Vertreter sämtlicher landwirtsch. Bezirksvereine, sowie die Bezirkssteuerauschnisse und zahlreiche Landwirte der genannten 3 Verbände teilnahmen. Nach Berichterstattung durch Landesökonomierat Belzen-Stuttgart und einer allgemeinen Aussprache, an der u. a. auch Landtagsabgeordneter Dingler-Calw teilnahm, wurden die Maßnahmen des Landesfinanzamts mißbilligt und ein einmütiges Vorgehen der Landwirte gefordert. Einstimmige Annahme fand folgende Entscheidung:

„Die am 13. Dezember 1920 in Horb versammelten 300 Landwirte und Mitglieder der Bezirkssteuerauschnisse von 17 landw. Bezirksvereinen des 8., 9. und 10. Gauverbands nehmen mit Entrüstung davon Kenntnis, daß bei der Festlegung der Ertragswert für das landw. Grundvermögen die landw. Organisationen entgegen der bestehenden ausdrücklichen Vorschrift nicht mitwirken durften. Sie verlangen, daß die von der Landw.-Kammer aufgestellten Ertragsberechnungen im ganzen Lande als Richtlinien und Anhaltspunkte bei der Veranlagung des landw. Grundvermögens mitberücksichtigt werden. Sie fordern alle Berufsangehörigen auf, ihre Steuererklärungen dementsprechend abzugeben oder zu berichtigen. Sie machen die Finanzbehörden auf die ungeheure Erregung und Erbitterung aufmerksam, die in landw. Kreisen über die unerhöht hohen Einheitsätze, welche die einzelnen Finanzämter bei der Reichsnotopferveranlagung anwenden, herrscht. Sie haben nicht die Absicht, der Verpflichtung zur Vinderung der Reichsfinanznot sich zu entziehen, aber sie verlangen, daß die Steuer in einer Höhe zur Erhebung gelangt, daß der Fortführung der landw. Betriebe nicht das notwendige Betriebskapital entzogen und die Produktionsfreudigkeit des Landwirts zum Schaden des Allgemeinwohls gemindert wird.“

Ebenso fand folgender Antrag Dinstag-Loslingen (Urach) einstimmige Annahme: „Die in Horb versammelten Landwirte beantragen beim landw. Hauptverband alsbald eine Versammlung der Steuerauschnisse der einzelnen Bezirke einzuberufen, um eine einheitliche Regelung des Ertragswerts zum Reichsnotopfer herbeizuführen.“

Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels

Von zutändiger Seite wird uns geschrieben: Die staatliche Ordnungspolizei ist unter Zuzugung von Beamten des Kriegswuchersamts und der Landesgetreidestelle seit einiger Zeit mit der energischen Bekämpfung des Schleichhandels beschäftigt. Ihre Tätigkeit, die oft unter schwierigen Verhältnissen ausgeübt werden muß, zeitigte bisher geradezu überragende Ergebnisse, die auf das Ueberhandnehmen des organisierten Schleichhandels ein großes Schlaglicht werfen. Bisher wurden erfasst: 386 521 Klg. Getreide, 14 799 Klg. Mehl, 638 Klg. Fleisch, 402 Liter Milch, 79 Klg. Butter, 24 Stück Vieh, die über die Grenze geschoben werden sollten, 25 Klg. Käse, 160 Liter Schnaps. — Diese Zahlen beweisen nur allzu deutlich, wie notwendig das Vorgehen der Regierung war, die nicht etwa zur Schutze der ländlichen Bevölkerung, sondern gegen den organisierten Schleichhandel diese Maßnahmen ergriffen hat und auch in der Zukunft energisch durchzuführen wird. Von allen Volksteilen darf deshalb wohl erwartet werden, daß sie die Tätigkeit des Polizeikommandos unterstützen, zum mindesten aber nicht unnötig erschweren oder sich gar zu Unbefonnenheiten gegenüber den Beamten hinreißen lassen, die Tag für Tag mit Hingebung diesen schweren Dienst verrichten. Da die Angehörigen der Ordnungspolizei Hilfsorgane der Staatsanwaltschaft sind, wird gegen alle, die sich zu Beschimpfungen hinreißen lassen, wegen Beleidigung eingeschritten werden. Die Zivilbevölkerung hat erfreulicherweise schon bisher in ihrer übergroßen Mehrheit die Tätigkeit des Polizeikommandos gewürdigt und mit wenigen Ausnahmen ihr ruhiges, sachliches Auftreten anerkannt. Da sich das Vorgehen keineswegs gegen Leute richtet, die sich kleinere Lebensmittelmengen für eigenen Bedarf verschaffen, liegt zu irgendwelcher Beunruhigung auch kein Grund vor. Der rastlose Arbeit dieses Polizeikommandos — es handelt sich nicht um Reichswehr, wie in der Öffentlichkeit vielfach angenommen wird — ist es zu danken, daß nicht nur diese beträchtlichen Mengen an Nahrungsmitteln der Verwendung für die Allgemeinheit wieder zugeführt wurden, sondern daß in einzelnen Bezirken an der badischen Grenze der dort in großer Blüte stehende Schleichhandel nahezu aufgehört hat.

Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Der Luftwirbel zieht ab. Am Dienstag und Mittwoch ist deshalb in der Hauptsache trocken und wieder etwas kälteres Wetter zu erwarten.

Ein Ungar über das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

(SGB.) Stuttgart, 24. Dez. Im Deutschen Auslandsinstitut sprach am Mittwochabend der ungarische Nationalökonom und deutschfreundliche Politiker György Lukács über „Vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Selbstbestimmungspflicht des Menschen“. Die Hauptforderung des sympathischen Redners gipfelte in der energischen Forderung der Revision der Friedensverträge von Versailles, Trianon, Neuilly, Saint Germain und Sevres. Die Tendenz des Selbstbestimmungsrechts werde ganz einseitig ausgelegt und im Interesse einer Mächtegruppe gehandhabt, die sich annahm, über das Schicksal der Welt zu verfügen. Die Undurchführbarkeit des Selbstbestimmungsrechts durch die heutigen Machthaber zeige sich in Siebenbürgen, im Banat, bei Preßburg und vielen anderen Fragen, die Beweise für die einseitige Auslegung des Selbstbestimmungsrechts liefern. Durch die Friedensverträge sei ein solches Chaos hervorgerufen, das nicht nur West-, sondern auch Osteuropa in viel größerer Unsicherheit lasse als in vorkriegszeiten. Die Balkanfrage sei viel komplizierter geworden. Die zu selbständigen Nationalstaaten

gewordenen Völker befänden sich in einer sehr verworrenen Lage, aus der sie nur geführt werden können, wenn eine praktische Lösung ihrer staatlichen Zugehörigkeit gefunden werden könne. Neu gegründete Staaten, die nicht einmal über die Mittel einer staatlichen Selbständigkeit verfügten, könnten sich schwer in eine staatsrechtliche, beständige Lage hineinfügen. Wenn die Entente sich ständig auf das Recht berufe, das an Stelle der Macht treten soll, um das Schicksal Europas zu bestimmen, so müsse im Namen der Gerechtigkeit, die höher als das Recht stehe, die Revision aller Friedensverträge gefordert werden, um jene Ruhe in Europa zu schaffen, nach der sich die schwer geprüften Völker sehnen. Besonders erörterte der Redner noch wirtschaftliche Probleme zur wirtschaftlichen Gesundung. Kommerzienrat Banner dankte dem Redner, der auch in der Versammlung viel Beifall gefunden hatte.

*

(SGB.) Calw, 26. Dez. Vom 3. Januar 1921 an wird von dem Unternehmer Paul Strähle in Schorndorf (Württemb.) eine tägliche Flugpostverbindung Stuttgart-Konstanz eröffnet. Flugplan ab Stuttgart 11,15 Uhr vorm., an Konstanz 12,50, zurück ab Konstanz 11,15 Uhr vorm.

Neubulach, 19. Dez. Der hiesige Bezirksverein des Württ. Schwarzwaldvereins veranstaltete seinen Mitgliedern eine Weihnachtsfeier, bei der die Gesangsabteilung unter Leitung ihres Dirigenten, Hauptlehrer Gaiser von Oberhaugstett, gute Leistungen des Männergesangs zum Vortrag brachte, einige Violinstücke wie auch mehrere Theaterstücke trugen zur Unterhaltung bei. Den Mitwirkenden wurde der Dank der zahlreichen Teilnehmer zum Ausdruck gebracht, auch die Sängerebene teilnehmer dem Ausdrück gebracht, daß die Sängerebene sich ihrem Dirigenten ein Ehrengeschenk überreichen. Möge der stark gewordene Bezirksverein auch weiter zur Pflege der Heimat und Geselligkeit beitragen.

(SGB.) Stuttgart, 23. Dez. In einem Hause der Mörikestraße kam in Abwesenheit der Mutter ein 1½ Jahre alter Knabe dem geheizten Ofen zu nahe, so daß seine Kleider Feuer fingen und er erhebliche Brandwunden erlitt. Das Kind ist jetzt seinen Verletzungen erlegen.

(SGB.) Stuttgart, 22. Dez. In einer Vollversammlung der hiesigen Handelskammer unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Kaufmann wurde die Bekämpfung von Auswüchsen aus genossenschaftlichem Gebiet besprochen. Die Kammer wird Ermittlungen darüber anstellen, ob die bei einer Reihe von Behörden entstandenen offiziellen Ein- und Verkaufsbüros für notwendige Gebrauchsgegenstände zur Gewerbesteuer angemeldet und ob sie der Umsatzsteuer unterworfen sind. Auch die Betreibung des illegitimen Warenhandels durch den Reichsverband der Kriegsbekämpften soll nachgeprüft werden. Gegenüber dem Hausierhandel wurde eine strengere Aufsichtigung gewünscht. Syndikus Dr. Klein berichtete über die Errichtung einer württ. Auftragsstelle als Selbstverwaltungskörper von Industrie und Handel. Es wurde auch mitgeteilt, daß die württ. Handelskammern eine eigene Wirtschaftszeitung herausgeben wollen, die noch im Januar erscheinen soll.

(SGB.) Schramberg, 26. Dez. (Glockenstiftung) Die Firma Gebrüder Jungbans hat der evangelischen Kirchengemeinde 15 000 M. zur Anschaffung neuer Glocken gestiftet.

(SGB.) Heidenheim, 26. Dez. Sämtliche Jagdpächter haben einen 100%igen Aufschlag auf das den Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechende Jagdpachtgeld bezahlt. — Zur Zeit sind hier 84 männliche Personen erwerbslos. Nach Beendigung des Holzfüllungsgeschäftes in den Stadtwaldungen geht ihre Zahl so bedeutend in die Höhe, daß die Stadt nicht in der Lage sein wird, von sich aus Arbeitsgelegenheit für alle Erwerbslosen zu beschaffen.

(SGB.) Kirchheim u. Teck, 26. Dez. (Ueberarbeit für arme Kinder.) Der Betriebsrat der Firma Kolb und Schüle hat beschlossen, eine Stunde Ueberarbeit für die hilfsbedürftigen Kinder des Bezirks zu leisten. Der größte Teil der Arbeiterschaft beteiligte sich an diesem Hilfswerk. Die Firma gewährte einen 30prozentigen Lohnzuschlag auf die Ueberstunde.

Aus dem Finanzausschuß.

(SGB.) Stuttgart, 23. Dez. Der Finanzausschuß des Landtags legte heute die Beratung des Kulltetats bei dem Kapitel Universität fort. Berichterstatter Dr. Beißwänger brachte zunächst eine Reihe allgemeiner Fragen zur Sprache, so die des sogenannten Abbaus der Universität, wogegen er sich entschieden wandte. Er machte ferner auf die Gefahren aufmerksam, die dem Berufswesen drohen, wenn dieses in irgend einer Form für das Reich zentralisiert würde. Die Universitäten müßten von allen Einflüssen frei bleiben, die ihre innere Unabhängigkeit bedrohen. Die wissenschaftlichen Institute und die akademischen Bibliotheken befinden sich wegen der ungeheuren Verteuerung aller Bedarfsgegenstände und besonders wegen der Erschwerung der Ausfuhr deutscher wissenschaftlicher Werte in übler Lage. Zuletzt erwähnte der Redner die wirtschaftliche Notlage der Studierenden an allen drei Hochschulen des Landes. Er fragte, wie es mit den Studentenheimen in Tübingen und Stuttgart stehe, und drückte den Wunsch aus, daß auf dem Wege privater Zuwendungen hier Abhilfe geschaffen werde. Der Kultminister erwiderte, ein Abbau der Universität komme für Württemberg nicht in Frage, aber vielleicht könnte man an die Zusammenlegung einzelner Institute denken. Im Berufswesen solle einerseits keine Änderung gegen früher eintreten, andererseits könnten Fachauschnisse gutachtlich gehört werden, wenn ihnen auch ein maßgebender Einfluß nicht zustehe. Zur Vinderung der Notlage der Studierenden seien einerseits schon Forderungen auf Geldunterstützungen durch den Staat laut geworden, andererseits seien solche Forderungen aus verschiedenen Gründen nicht erfüllbar. Bezüglich der Bücher-Ein- und Ausfuhr erklärte ein Regierungsdirektor, daß das deutsche Buch im Ausland vom französischen Buch stark bedrängt werde. Der Valutazuschlag, den das Reich bei der

Ausfuhr erhebe, gehe allerdings zu weit. Ein Redner der Deutschen Volkspartei verlangte, daß bei Berufungen kein Klinsenwesen sich breit mache, und wandte sich, wie schon der Berichterstatter, gegen den Vorwurf, daß die Hochschulen Brutstätten des reaktionären Geistes seien. Auch er stehe den Fachauschnissen Hiebers mit Mißtrauen gegenüber. Ein Redner des Zentrums vertrat mit allem Nachdruck eine Vereinfachung der Zusammenlegung wissenschaftlicher Betriebe. Ein Redner der Bürgerpartei verlangte, daß die Universitätsprofessoren auch gehaltlich entsprechend gestellt werden. Das gute Alte in den Universitäten müsse erhalten werden. Ein weiterer Zentrumsredner gedachte der Hilfe durch die Quäter. Den Studenten soll die Anschaffung billiger Lehrmittel ermöglicht werden. Vielleicht könnten mit akademischen Buchhändlern eine Vereinbarung zur Preisermäßigung getroffen werden. Ein sozialdemokratischer Redner erklärte es für unzumutbar, wenn man jetzt noch an eine Neugründung von Hochschulen denke, wie seinerzeit bei der Gründung der Universität Frankfurt. Es sei vom Standpunkt der Vereinfachung auch nicht geschickt, daß man die Universität nicht in Stuttgart habe. Bei Berufungen sei nicht bloß die wissenschaftliche Leistung, sondern auch die pädagogische Fähigkeit zu berücksichtigen. Der Minister selber müßte vor einer Berufung die Kandidaten möglichst beobachten. Angesichts der Notlage der Studenten sei möglichst praktische Hilfe zu leisten. Ein demokratischer Redner wies darauf hin, daß die Universität diesen Sommer eine freibereitliche Verfügung bekommen habe. Auch er wünschte die Erhaltung der universitären literarum und fragte, ob das Weiterbestehen der astronomischen Lehrstuhl gesichert sei. Gegen die Ueberfüllung der akademischen Berufe genüge eine bloße Warnung von dem Studium nicht; man werde unter Umständen zur Einführung des numerus clausus genötigt sein. Ein unabhängiger Redner hielt daran fest, daß die Universitäten Pflegstätten reaktionären Geistes seien, weshalb Ueberwachungsausschnisse geboten erscheinen. Davor warnte der Kultminister, weil nur das Gegenteil erreicht würde; man müsse der freien Betätigung der politischen Parteien möglichst Spielraum lassen, weil man die Menschen nur mit Freiheit zur Freiheit erziehen könne. Fortsetzung am 28. Dezember, nachmittags 4 Uhr.

Wirtschaftliche Wochenchau.

Geldmarkt. Eine kleine Besserung der deutschen Valuta im Ausland ist das Ergebnis der abgelaufenen Berichtwoche. Es handelt sich zwar nur um einige Pfennige, aber schon der kleinste Fortschritt erweckt jedesmal wieder Hoffnungen. Am 17. Dezember abends wurden 100 deutsche Mark in Zürich mit 9,07%, am 10. mit 8,82% Franken bewertet; in Amsterdam mit 4,42% (4,45) Gulden; in Kopenhagen mit 9,50 (9,36) Kronen; in Stockholm mit 7,10 (7,10) Kronen; in Wien mit 931 (822) Kronen; in Prag mit 119,75 (119,75) Kronen; in London mit 2,58 (2,56%) Schilling; in New York mit 1,35 (1,34) Dollar und in Paris mit 22% (22%) Franken. Der deutsche Geldmarkt ist infolge der massenhaft angebotenen schweizerischen und holländischen Kapitalien ziemlich flüssig. Börse. Das Herannahen der Weihnachtstage mit seiner mehrwöchigen Unterbrechung des Geschäfts und die wieder einmal einschneidende Entspannung des Devisenmarktes haben die Unternehmungslust an den deutschen Börsenplätzen erheblich gedämpft. Die Kurse erfuhren zum Teil namhafte Rückgänge, vor allem natürlich die vorher von der Spekulation am meisten bevorzugten Papiere. Also Valutasachen, aber auch Montanaktien. Die angelegentlichsten Zwangsanleihe und die beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers mögen das ihrige dazu beigetragen haben. Lediglich gut behauptet war der Anlagemarkt, besonders in deutschen Werten; 5proz. Schatzanweisungen 97%, Kriegsanleihe 77,40, 4proz. Württemberger (fallend) 79%.

Produktenmarkt. Auch das Produktengeschäft ist still geworden. Man notierte in Berlin für Viktoriabohnen 220 bis 240 (minus 20 M.), Futtererbsen 160-165 (minus 2-5 M.), Raps 350 (minus 60) Weizen 310-330 (minus 65), Roggen 580-640 (80-20), Weizenheu mit 37-39, Stroh 24-25 (minus 1/2-1) Mark. Das alles sind nur Berliner Preise, die für Württemberg nicht maßgebend sind.

Warenmarkt. Das Frostwetter hat den Wassermangel und die Kohlenkalamität noch verschärft. Aus dem Eisengeschäft ist nichts Wesentliches zu berichten. Einen günstigen Eindruck machte freilich die Nachricht, daß Frankreich eine große Wagenbestellung in Deutschland beabsichtigte. Auch holländische und südamerikanische Bestellungen liegen vor, während gleichzeitig die Eisenerzeugung zurückgeht. Das Textilgeschäft geht flott bei wenig veränderten Preisen. Hüte und Felle fallen weiter. Wenn das eine Weile andauert, bekommen wir wieder billigere Schuhpreise. Rauchwaren ziehen neuerdings wieder im Preise an.

Viehmarkt. Die Viehpreise sind in dieser Woche unverändert geblieben. Da und dort bricht die Maul- und Klauenseuche von neuem aus. Von der Gefahr der Rinderpest ist es zum Glück wieder still geworden. Ferkel kosten 300-450 M.

Holzmarkt. Die neuesten Rundholzversteigerungen ergaben weiter anziehende Preise. Besonders fest liegt Langholz. Geschnitene Ware, überhaupt Fertigfabrikate, sind dagegen schwer anzubringen. Die Krise auf dem Holzmarkt dauert deshalb fort.

Für die Schriftleitung verantwortlich:

A. B. C. Bergräpator J. Bauckle

Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Göttesfingen, Olt. Horb, den 22. Dezember 1920. Das Gasthaus zum „Rohle“ hier (Pächter: August Brägel hier), ging durch Kauf in den Besitz des Peter Paul Neu-Hofentingen Olt. Saulgau, über. Die Uebernahme erfolgt am 1. März 1921. — Der Abschluß erfolgte durch das Anwaltsbüro und Hypothekengeschäft Albert Preßburger, Horb a. N.

Stadtgemeinde Calw.
Der Gemeinderat hat am 23. Dezember 1920 die Erhebung der
Zusatzsteuer vom einkommensteuerfreien Mindesteinkommen
auf Grund der §§ 1-7 der Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen vom 21. Dezember 1920 — Staatsanzeiger Nr. 293 — zunächst für das Rechnungsjahr 1921 beschlossen.
Die näheren Bestimmungen dieser Verfügung sind am Rathaus angeschlagen.
Calw, den 24. Dezember 1920.
Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Calw, den 27. Dezember 1920.



Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten teilen wir die schmerzliche Nachricht mit, daß unsere liebe Mutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Freundin

Therese Beißer,
geb. Münzing,
Siebmachers-Witwe

am hl. Abend im Alter von 61 Jahren uns unerwartet rasch entrißen wurde.

In tiefer Trauer:
im Namen der Hinterbliebenen:
der Bruder: **Ernst Münzing.**

Beerdigung heute mittag 2 Uhr vom Krankenhaus aus.

Calw, den 27. Dezember 1920.

Dankfagung.

Allen denen, die während der langen Krankheit und beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Barbara Kirchherr †

so viel Liebe uns erwiesen haben sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Insbesondere danken wir dem Herrn Prediger für seine tröstlichen Worte am Grabe, für den erhebenden Gesang, sowie dem Posaunenchor, den Schwestern für die anspornende Pflege, für die schönen Kranzspenden, die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte und den Herren Ehrenträgern.

Der trauernde Gatte **Mart. Kirchherr**
mit seinen Kindern.

Gestrickte
Knabenanzüge
neu eingetroffen:

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

Wandkalender

mit Verzeichnis der Märkte des Bezirks und der Nachbarbezirke sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.

Maisgries, Maismehl
in bester Qualität
empfiehlt billigst
Otto Jung.

Stets
frisch gebrannten
Kaffee
empfiehlt
S. Wohlgemuth, Liebenzell.

Bettvorlagen
neue Auswahl

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

Vor-Anzeige!
(Alles Nähere durch Plakate u. Zeitungen.)
Internationale BOX-Kämpfe
mit **VARIETEE**
im „Bad. Hof“
in Calw.

Hausfrauen!

Verlangen Sie überall beim Einkauf

nur **Schlatterer's Kernseife**

Idealseife

Salmiak-Terpentin-

Seifenpulver

Anerkannt altbewährte, beste und billigste Waschmittel - Jetzt wieder in Friedensqualitäten erhältlich.

Hersteller: **Chr. Schlatterer, Calw.**

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI, CALW

Die
wirkungsvolle Ausstattung
von Reklamedrucksachen
bedingt stets deren
Erfolg!

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefaßten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur wirkungsvollen Herstellung mit dazu beiträgt

Wirklich zweckensprechende Drucksachen bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in denkbar kürzester Frist

Religiöser öffentl. Vortrag

kommenden Dienstag, den 28. Dezember, abends 7/8 Uhr im Kaffeehaus, Postgasse
Thema:

„Gottes unendliche Liebe und die ewige Höllequal der Gottlosen.“

Eintritt frei. Jedermann ist herzlich eingeladen.
Prediger **Zimmermann.**

An unsere 1/2jährl. Bezieher.

Ab 1. Januar werden
sämtl. Bezugsrechnungen
auf das

„Calwer Tagblatt“
nur noch 1/2jährlich ausgestellt und
eingezogen.

Geschäftsstelle des „Calwer Tagblattes.“

Zum Jahreswechsel

empfiehlt sehr preiswert:

Schreibwaren

für Geschäfts-, Schul- und Hausbedarf,

Geschäftsbücher

in allen Arten und Ausführungen,
Amerikanische Journale
dauerhaft gebunden,

Briefordner, Schnellhefter, Verwahrmappen,

Kopierbücher, Ringbücher, Registerbücher,

Feine Postpapiere, Briefhüllen etc.

Kalender in großer Auswahl.

Friedrich Häussler,

Buch- u. Papierhandlung, an der Brücke.

Wolldecken

billige Preise, bei

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.

Schönes, gesundes, gelbes

Maismehl

ganze Körner für Geflügel

Gries u. Mehl

empfiehlt

Karl Haifsch,

obere Mühle, Liebenzell.

Ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, findet

Stellung bis 15. Jan. bei

H. Götting,

3. Waldhorn, Calmbach.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr

Warme Unterröcke

frisch sortiert

S. Daur, vorm. T. Schiler, Calw.